

Initiativantrag 4

zur 18. Landesdelegiertenversammlung

Antragssteller: 32 Delegierte



Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

- 1 **Aufforderung an die Bundesregierung, einen Solidaritätszuschlag zur Finanzierung**
- 2 **der Flüchtlingspolitik auf europäischer Ebene abzulehnen**

3 Die Landesdelegiertenversammlung fordert die Bundesregierung auf, der in der
4 Diskussion befindlichen Einführung eines europäischen Solidaritätszuschlags zur
5 Finanzierung der Flüchtlingspolitik in keinem Fall zuzustimmen.

Begründung:

7 Bisher hat Deutschland die Einführung europäischer Steuern aus wohlerwogenen
8 Gründen abgelehnt. Wenn dies jetzt bei einem „Flüchtlings-Soli“ anders gesehen würde,
9 wäre dies ein Dammbruch. Außerdem wissen wir, dass einmal eingeführte
10 Solidaritätszuschläge nur mit größten Schwierigkeiten – wenn überhaupt – wieder
11 abgeschafft werden. Die Einführung europäischer Steuern auf dem Wege über einen
12 europäischen „Flüchtlings-Soli“ würde EU-Zentralisierungsprozesse weiter beschleunigen.
13 Wir brauchen mehr europäische Kompetenzen in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie
14 bei der Sicherung der EU-Außengrenzen, aber nicht in der Steuerpolitik.

15 **Der Antrag wurde form- und fristgerecht eingereicht und von min. 20 Delegierten**
16 **unterschrieben.**